

SWR2 Wissen

Geldwäsche-Paradies Deutschland – Warum versagt der Staat?

Von Beate Krol

Sendung: Freitag, 18. Dezember 2020, 8:30 Uhr

Redaktion: Sonja Striegl

Regie: Günter Maurer

Produktion: SWR 2020

Schwarzgeld aus Organisierter Kriminalität oder Steuerhinterziehung muss weißgewaschen werden. Das geht gut in Deutschland. Der Staat versucht seit Jahren, effizienter dagegen zu kämpfen.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/swr2-wissen-podcast-102.xml>

Kennen Sie schon das Serviceangebot-Ton des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

Atmo:

Spielautomat

O-Ton Frank Buckenhofer:

Dass in Deutschland Geldwäsche im großen Stil begangen wird, ist sicher. Und dass in Deutschland viel zu wenig getan wird im Kampf gegen die Geldwäsche ist auch sicher.

O-Ton Kai Bussmann:

Ich glaube, das Grundproblem ist, dass in der Regel noch nicht richtig verstanden worden ist, dass es effizienter ist, nicht allein dem Täter zu folgen, sondern der Spur des Geldes.

O-Ton Fabio de Masi:

Im Kern müsste die Geldwäsche selbst als ein Tatbestand gelten, bei dem Ermittlungen ausgelöst werden, und es müsste eine größere Personalausstattung geben.

O-Ton Alexander Retemeyer:

Wenn es nicht gelingt, die Geldwäsche einzudämmen, wird es einem auch nicht gelingen, die dahinterstehenden Straftaten einzudämmen.

Ansage:

Geldwäsche-Paradies Deutschland – Warum versagt der Staat? Von Beate Krol.

Sprecherin:

Ein grauer Herbstmorgen in Berlin. Der Himmel ist bedeckt, von Osten pfeift ein kräftiger Wind. Christoph Trautvetter hat schützend den Kragen seiner Jacke hochgeschlagen.

O-Ton Christoph Trautvetter:

Wir stehen jetzt hier, ein paar hundert Meter westlich von der Gedächtniskirche den Ku'damm runter, im teuersten Teil der teuersten Straße Berlins, wo sich ein Luxusgeschäft an das nächste reiht. Und wo auch gerade groß gebaut wird.

Sprecherin:

Der Wirtschaftswissenschaftler Christoph Trautvetter arbeitet beim Netzwerk Steuergerechtigkeit. Sein Spezialgebiet ist die Geldwäschebekämpfung in Deutschland.

O-Ton Christoph Trautvetter:

Um dieses Gebäude gab es 2016 sehr heiße Debatten in der Stadt, weil der Käufer eine Briefkastenfirma aus Panama war und sowohl der Kauf des Grundstücks als auch das Geld, was hier an die Baufirmen und in diese Immobilie fließt, kommt eben irgendwie aus dieser Firma in Panama über irgendwelche Wege und kann deswegen durchaus auch auf kriminelle Machenschaften zurückgehen.

Sprecherin:

Als Berliner Journalisten versuchten herauszufinden, wer hinter der Firma aus Panama steckt, stießen sie auf einen russischen Geschäftsmann, den die USA wegen illegaler Geschäfte und Korruption auf die Sanktionsliste gesetzt hatten. Das legte den Verdacht nahe, dass am Berliner Ku'damm Geld gewaschen werden sollte. Wirklich herausfinden und beweisen ließ sich das aber nicht. Wie so oft in Deutschland. Dabei geht von der Geldwäsche eine große Gefahr aus.

O-Ton Christoph Trautvetter:

Geldwäsche ermöglicht es der Organisierten Kriminalität, Macht und Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen und sich in Gesellschaften festzusetzen. Und das müssen wir unterbinden aus ganz verschiedenen Gründen: Es macht das Leben für andere Unternehmen sehr, sehr schwer, wenn sie mit Unternehmen im Wettbewerb stehen, bei denen es nicht auf den Gewinn ankommt. Es macht in der normalen Wirtschaftsstruktur sehr viel kaputt. Es führt zu Korruption auch unseres politischen Systems und es beeinflusst unsere Gesellschaft unmerklich und gibt der Organisierten Kriminalität die Möglichkeit, auf die Gesellschaft Einfluss zu nehmen.

Sprecherin:

Denn die Bürger erleben den Staat handlungsunfähig. Was das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürgern beschädigt. Zudem sei es schwer, die Organisierte Kriminalität wieder loszuwerden, wenn sie sich erst in der Gesellschaft festgesetzt habe, sagt er. Das beste Beispiel dafür sei Italien.

O-Ton Christoph Trautvetter:

Da war ja die Mafia-Kriminalität ganz lange ein Problem von Sizilien, bis man dann gemerkt hat, dass die Mafiosi eigentlich in Norditalien, in Mailand sitzen und da sich in die Chefetagen der Firmen und in die Politik und in die Verwaltung ausgebreitet hatten und die Mafia-Verfahren, die haben dazu geführt, dass massenweise Staatsanwälte, Politiker, Polizisten, die sich gegen dieses System gewehrt haben, bedroht und ermordet und aus dem Weg geschafft wurden.

Sprecherin:

Lange Zeit haben Politiker solche Warnungen für Panikmache gehalten. Als ob das organisierte Verbrechen an der Grenze stoppt und brav umdreht. Eher sei das Gegenteil der Fall, sagt Fabio de Masi, finanzpolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag und quer durch alle Parteien ein anerkannter Geldwäscheexperte.

O-Ton Fabio de Masi:

Deutschland hat diese Probleme eben auch. Und in Deutschland ist es teilweise sogar viel verheerender, als wenn ich jetzt so über die klassischen Geldwäscheparadiese spreche, irgendwelche Karibikstaaten, weil Deutschland natürlich eine viel größere Volkswirtschaft ist. Das heißt, wenn bei uns die Geldwäschebekämpfung nicht richtig funktioniert, dann sind wir wie ein Staubsauger, wie ein Magnet für schmutziges Geld.

Sprecherin:

Das Geld kommt aber nicht nur aus dem Ausland. Auch im Inland wird Geld auf illegale Weise erworben. Ganz besonders durch Steuerhinterziehung. Professor Kai Bussmann leitet den Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie an der Universität Halle/Saale.

O-Ton Kai Bussmann:

Auf der Basis von US-Studien beruhen etwa 70 Prozent der gewaschenen Gelder auf Steuerhinterziehung. Das ist natürlich teilweise auch die Schattenwirtschaft, auch die organisierte Kriminalität. Aber zum großen Teil sind es ganz brave, anständige Geschäftsleute, die die Steuern hinterzogen haben und das Geld dann reinvestieren. Also hohe Bargeldsummen einnehmen in der Hotellerie und Gastronomie und das dann für den Kauf ihres nächsten Autos einsetzen oder für die Reparatur oder Immobilien erwerben, andere Unternehmen erwerben. Dass man Kaufverträge splittet, ein Teil geht bar über den Tresen und der andere Teil über das Konto. Es gibt ja alle möglichen Modelle, um das zu kaschieren.

Sprecherin:

Kai Bussmann gehört zu den wenigen Wissenschaftlern, die sich mit der Geldwäschebekämpfung in Deutschland beschäftigen. Von ihm stammte im Jahr 2015 die erste Dunkelfeldanalyse, in der er den Umfang der in Deutschland gewaschenen Gelder auf zwischen 50 und 100 Milliarden Euro schätzte. 2019 legte er dann eine Stichproben-Untersuchung zu den Geldwäsche-Ermittlungsverfahren vor, die von 2014 bis 2016 an 32 Staatsanwaltschaften gelaufen waren. Denn auch darüber ist kaum etwas bekannt. Das Ergebnis ist ebenfalls ernüchternd.

O-Ton Kai Bussmann:

Die Aktenanalyse, die wir durchgeführt haben für einen Zeitraum von drei Jahren, hat ergeben: Die deutsche Justiz fängt eigentlich nur Waren- und Kreditbetrüger. Das hat auch eine Form von Klassenjustiz. Es werden die kleinen Geldwäscher gejagt und strafrechtlich verfolgt. Und die großen Geldwäscher haben kaum etwas zu befürchten an strafrechtlicher Verfolgung.

Sprecherin:

Das liegt zum einen natürlich an den Tätern. Je mehr Geld im Spiel ist, umso professioneller, skrupelloser und vernetzter sind sie. Es liegt aber auch am Delikt selbst. Frank Buckenhofer ist Vorsitzender der Bezirksgruppe Zoll bei der Gewerkschaft der Polizei.

O-Ton Frank Buckenhofer:

Also die Geldwäschebekämpfung ist insofern ein sehr schwieriger Tatbestand, weil ich immer zwei Straftaten brauche. Ich brauche die Vortat und die eigentliche Geldwäsche. Und das sind sehr große Herausforderungen an die Ermittlungsbeamten.

Musik

Sprecherin:

Das Problem: Geldwäsche ist keine „Affektat“. Die Täter planen alles bis ins Detail. Sie heuern Strohleute an, schleusen das Geld über ein Gewirr von Konten, gründen verschachtelte Scheinfirmenimperien oder eröffnen bargeldintensive Geschäfte wie einst der Gangsterboss Al Capone, auf den der Geldwäsche-Begriff zurückgeht. An die Stelle seiner Waschsalons in Chicago sind Restaurants, Spielcasinos, Nagelstudios, Eisdielen und Kioske getreten. Oft verwandelt sich das illegale Geld auch in luxuriöse Uhren, Autos, Kunst, Antiquitäten und Schmuck. Oberstes Ziel ist, die Herkunft des Geldes zu verschleiern. Wie das geht, lässt sich am besten an einem Beispiel erklären. Stellen Sie sich vor...

Atmo:

Maschinengeräusch

Sprecher:

Ein Handwerker arbeitet schwarz. Auf diese Weise kommen im Jahr 30.000 Euro in bar rein. Auf sein Konto kann der Handwerker das Geld nicht einzahlen, das würde bei der Bank auffallen. Also steckt er es in Güter oder Dienstleistungen, eine wertvolle Uhr, ein schnelles Auto, den ultimativen Luxusurlaub. Aber auch das fällt irgendwann auf, außerdem muss er sich bei hohen Barkäufen ausweisen. Was also tun? Der Handwerker sucht sich Komplizen, die ebenfalls ein Unternehmen haben. Denen gibt er 2.000 Euro aus seinem Barbestand. Gleichzeitig stellt er ihnen eine erfundene Dienstleistung für 2.000 Euro in Rechnung. Die Komplizen überweisen die Summe und schon tauchen die 2.000 Euro aus dem Schwarzgeld auf dem Konto des Handwerkers als vermeintlich legale Einnahme auf. Im Ergebnis ist das schmutzige Geld gewaschen. Und die Komplizen machen es genauso. Eine Hand wäscht die andere. Weil eine falsche Rechnung über 2.000 Euro kaum auffällt, ist die Gefahr, dass die Geldwäsche auffliegt, höchst gering.

Atmo:

Geld klimpert

Sprecherin:

Inzwischen ist die Politik gegenüber der Geldwäsche nicht mehr ganz so gleichgültig. Das liegt vor allem daran, dass die Geldwäsche-Task-Force der OECD der Bundesregierung 2014 damit gedroht hatte, Deutschland auf die Liste der Hochrisikoländer zu setzen – was zu einem erheblichen Reputationsschaden geführt hätte. Weil die OECD-Taskforce 2020 erneut zur Prüfung angesagt war, ging die Bundesregierung ab 2014 endlich daran, die Mängel zu beseitigen: Den Titel „Geldwäsche-Paradies“ sollte Deutschland schleunigst loswerden. Bundesfinanzminister Olaf Scholz, der das Amt 2018 von Wolfgang Schäuble übernahm, scheint das Problem erkannt zu haben. Auf der Internetseite des Ministeriums erklärt er das so:

O-Ton Olaf Scholz:

Geldwäsche und Steuerbetrug sind illegal. Sie schaden uns allen und wir werden uns niemals damit abfinden. Deshalb müssen wir immer wieder dafür sorgen, dass wir Behörden haben, die stark genug sind, dagegen vorzugehen, und dass wir Gesetze haben, die scharf genug sind. Deshalb haben wir zum Beispiel die Geldwäscherichtlinie, die überall in Europa gilt, in Deutschland besonders strikt

umgesetzt. Es gibt jetzt sehr scharfe Meldevorschriften. Wir haben einen ganz harten Blick auf Kryptowährungen und all das, was in diesem Bereich geschieht, und selbstverständlich haben wir dafür gesorgt, dass die zuständigen Behörden mit mehr Personal und Befugnissen ausgestattet werden.

Sprecherin:

All das stimmt. Was der Bundesfinanzminister allerdings vergessen hat zu sagen: Es wird etliche Jahre dauern, bis die neuen Maßnahmen greifen, und vieles ist auch noch nicht auf den Weg gebracht. Zum Beispiel ein zentrales Immobilienregister. Den Berliner Ermittlungsbehörden hätte das geholfen. Sie deckten einen Geldwäschefall bei einem kriminellen arabischen Clan auf.

O-Ton Pressekonferenz:

Anlass der Pressekonferenz heute ist eine Durchsuchungsaktion, die im Wesentlichen Freitag letzter Woche stattgefunden hat. 77 Grundstücke sind bei 12 Durchsuchungen vorläufig sichergestellt worden. Hintergrund ist der Vorwurf der Geldwäsche. Die Ermittlungen hierzu haben 2014 begonnen. Ziel der damaligen Ermittlung war die Frage, wie Geld, das aus einer Geldautomatensprengung gewonnen worden ist, in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt worden ist.

Sprecherin:

Im Juli 2018 gelang der Berliner Polizei und Staatsanwaltschaft ein bundesweit beachteter Ermittlungserfolg: Die Beamten hatten Immobilien eines kriminellen arabischen Clans beschlagnahmt. Die Ermittler hatten 2015 eine Geldwäscheverdachtsmeldung bekommen, die im Zusammenhang mit dem Kauf von mehreren Eigentumswohnungen stand. Ein Bruder des verurteilten Bankräubers war als Käufer aufgetreten – obwohl er offiziell von Hartz IV lebte und Kinder- und Betreuungsgeld bezog. Die Beamten gingen der Sache nach und entdeckten weitere Unstimmigkeiten.

O-Ton Pressekonferenz:

Im Zuge dieser Ermittlungen sind mehrere Immobilien aufgetaucht, die als relevant eingestuft wurden, und das hat dann zur Einleitung dieses Verfahrens geführt wegen Geldwäsche, und damit sind wir jetzt letzte Woche Freitag nach sehr langwierigen und personalintensiven Ermittlungen an die Öffentlichkeit gegangen, indem wir jetzt offen ermitteln und sagen: Wir starten Beschlagnahmeaktionen.

Sprecherin:

Der Berliner Geldwäschefall gilt als vorbildlich. Am Anfang: ein aufmerksamer Makler, ein aufmerksamer Notar oder eine aufmerksame Bank, die eine Verdachtsmeldung herausgeben. Am Ende: 16 Geldwäsche-Beschuldigte und vorläufige Sicherungen im Wert von 9,3 Millionen Euro. Die Ermittlungen haben zwei Jahre gedauert.

O-Ton Pressekonferenz:

Sie müssen sich das so vorstellen: Sie haben eine Immobilie, die wird erworben, dann wird das überprüft. Sie müssen zahlreiche Konten auswerten, Sie müssen zahlreiche Grundbücher einsehen, Sie kommen auf weitere Personen, Sie kommen auf weitere Konten, Sie kommen auf weitere Grundbücher. Das ist eine Kleinarbeit.

Die nimmt Ihnen auch kein Computer ab. Da arbeiten mehrere Polizeibeamte tagtäglich dran und mehrere Staatsanwälte. Das ist eine Heidenarbeit.

Sprecherin:

Die Kritiker der Geldwäschebekämpfung in Deutschland fordern schon lange, die von den Amtsgerichten geführten Grundbücher in ein zentrales Immobilienregister zu überführen, um den Ermittlern die Arbeit zu erleichtern. Außerdem schlagen sie vor, dass Grundbucheinträge nur dann vorgenommen werden dürfen, wenn der wahre Eigentümer bekannt ist. Dann müsste dort Viktor Schmidt stehen und nicht „VS Unlimited“. Ist ein Käufer dazu nicht bereit, sollen die Grundbuch-Richter den Eintrag ins Grundbuch verweigern können. Dann müsste der Kauf rückabgewickelt werden. Der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Christoph Trautvetter vom Netzwerk Steuergerechtigkeit verspricht sich viel von einem solchen Immobilienregister. Weil Immobilien große Summen verschlingen, sind sie bei Geldwäschern besonders beliebt.

O-Ton Christoph Trautvetter:

Der ganze Bau, die ganze Baustelle wird aus diesem Geld gespeist und dieses Geld verwandelt sich hier in eine völlig legale Immobilie, in eine Hochglanzfassade, aus der dann wieder ganz legale Mieteinnahmen zurückfließen an diejenigen, die dieses Gebäude finanziert haben und damit ist das Geld im legalen Kreislauf angekommen und jeder, der hier dann einkaufen geht, trägt einen kleinen Teil dazu bei, dass sich dieses Geld dann auch weiter fortpflanzt.

Sprecherin:

Auch wenn Ermittler Unternehmenseinträge prüfen wollen, müssen sie viele verschiedene Register durchforsten. Es gibt zwar ein zentrales Transparenzregister für die Geldwäschebekämpfung. Wer allerdings vorher schon in einem anderen Register stand, muss sein Unternehmen dort nicht eintragen. Aktiengesellschaften und Trusts können außerdem fiktive Eigentümer benennen. Auch die sind in Berlin in Ku'damm-Nähe zu finden.

Atmo:

Straßenlärm

Sprecherin:

Christoph Trautvetter hält vor einem älteren Bürogebäude und zeigt auf eine Tafel mit Firmenschildern.

O-Ton Christoph Trautvetter:

Hier sehen wir tatsächlich die typischen Strukturen, also Vermögensverwalter, Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die es hier am Ku'damm und in der Umgebung sehr, sehr viele gibt. Und die dabei helfen, anonyme Strukturen aufzubauen und zu betreuen. Also diese Anwälte und Wirtschaftsprüfer treten oft als Treuhänder oder Verwalter oder Geschäftsführer in solchen Firmenkomplexen auf und ermöglichen ihren Investoren, anonym zu bleiben und sich unter das legale Geschäft anonym und unerkant unterzumischen.

Sprecherin:

Natürlich muss nicht jeder, der anonym bleiben will oder sich als Treuhänder zur Verfügung stellt, Geld waschen wollen. Spätestens seit den Panama-Papers ist jedoch klar, dass anonyme Firmenkonstruktionen dafür häufig genutzt werden. Die Frage ist, inwieweit sich Kanzleien, die auf solche Dienstleistungen spezialisiert sind, an die schärferen Meldevorschriften halten. Überprüft werden sie von den Anwalts- und Wirtschaftsprüferkammern. Wobei die Aufgabe meist bei den Vorsitzenden liegt und damit bei Menschen, die ohnehin schon viele Aufgaben haben und tendenziell überlastet sind. Auch bei vielen anderen Branchen, die gesetzlich dazu verpflichtet sind, verdächtige Kunden zu melden, ist das mit der Kontrolle nicht so einfach. Rüdiger Quedenfeld arbeitet seit 30 Jahren als Geldwäschebeauftragter für Banken und Unternehmen.

O-Ton Rüdiger Quedenfeld:

Jedes Bundesland macht das, wie es will. Da gibt's Bundesländer, die haben das auf ein Regierungspräsidium konzentriert. Bundesländer haben es auf zwei Regierungsbezirke delegiert. Nordrhein-Westfalen hat bis Anfang des Jahres gar nicht gewusst, wer bei ihnen Aufsicht für Güterhändler ist und auch im Glücksspielbereich nicht. Es ist ein heilloses Durcheinander, Tohuwabohu, wer dafür zuständig ist. Und die Aufsichten sagen: Ich kann mich doch nicht um alles kümmern. Ich werde nicht geschult. Ich habe keine bundesweiten zentralen Vorgaben.

Sprecherin:

Die Folge: Geldwäschekontrolleure kämpfen an den falschen Stellen. Zum Beispiel gegen fehlerhaft ausgefüllte Formulare oder einen Großvater, der seinen Enkeln ein Auto gekauft hat.

O-Ton Rüdiger Quedenfeld:

Ich bin auch im Kfz-Bereich tätig. Eine Aufsicht verhängt ein Bußgeld, weil der Opa hat im Frühjahr seiner Enkeltochter ein Auto gekauft für 8.000 Euro. Im Herbst kauft der seinem Enkelsohn auch ein Auto, auch für 8.000 Euro. Und jetzt kommen die von der Aufsicht und sagen, das ist Smurfing. Das heißt, diese Leute haben gar keine Ahnung, was Smurfing ist.

Sprecherin:

Beim Smurfing teilen Geldwäscher einen hohen Betrag in viele kleine Tranchen auf, die sie in zeitlichen Abständen überweisen. Damit wollen sie die Warnsysteme bei Banken austricksen, die bei ungewöhnlichen Kontobewegungen Alarm schlagen. Der Großvater hingegen wollte nur gerecht sein und hat beiden Enkeln ein Auto für die gleiche Summe gekauft.

Musik

Sprecherin:

Tatsächlich hatte der Bundesrat die Bundesregierung 2012 geradezu bekniert, neben der Aufsicht über die Banken auch die Aufsicht über den Nicht-Finanzsektor zu übernehmen – also über Güterhändler, Immobilienmakler, Versicherungsvermittler und Glückspielanbieter. Andernfalls könne man Geldwäsche nicht verfolgen, warnten

die Ministerpräsidenten. SWR2 Wissen hat in den Bundesländern ein paar Zahlen zur Geldwäscheaufsicht abgefragt. Es zeigt sich, dass genau das eingetreten ist.

Sprecher:

Jedes zweite Bundesland weiß nicht, wie viele Selbstständige und Unternehmen gesetzlich dazu verpflichtet sind, einen Geldwäscheverdacht zu melden.

Sprecherin:

Einige andere können die Anzahl nur schätzen.

Sprecher:

In einem Bundesland ist lediglich ein einziger Sachbearbeiter für die Geldwäscheaufsicht zuständig.

Sprecherin:

Dort, wo es Zahlen gibt, beaufsichtigen die Kontrolleure im Durchschnitt zwischen gut 700 bis hin zu knapp 2.000 Meldeverpflichtete.

Sprecher:

Und dann gibt es massenhaft fachfremde Kontrolleure. Zum Beispiel müssen Umwelt- und Sportbehörden oft Buchmacher prüfen, denn die arbeiten bei Pferderennen.

Sprecherin:

Immerhin hat sich im Zuge der neuen Maßnahmen ein Bund-Länder-Arbeitskreis gebildet, der sich mit Fragen der Geldwäsche-Aufsicht im Nichtfinanzsektor befasst. Und was hat es mit den neuen Befugnissen auf sich, die der Bundesfinanzminister in Aussicht gestellt hat? Die betreffen vor allem die Financial Intelligence Unit. Die FIU, wie sie genannt wird, bearbeitet die Geldwäscheverdachtsmeldungen, bevor sie sie weiter an die Ermittlungsbehörden gibt. Weil sie anfangs hoffnungslos unterbesetzt war, blieben tausende Verdachtsmeldungen liegen. Außerdem fehlte es an Expertise und Datenzugängen. Das hat sich inzwischen geändert. Die FIU komme ihrem Arbeitsauftrag nach, beteuert FIU-Leiter Christof Schulte, der den schlechten Ruf gern endlich los werden würde.

O-Ton Christof Schulte:

Die FIU hat sehr weitreichende Zugriffs-Kompetenzen, unter anderem mittlerweile auch auf einen gewissen Bestand des zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters und wir haben insbesondere auch Zugriff auf die Verbunddateien der Polizeien. Wir werden jetzt auch noch weitere Kompetenzen im Hinblick auf Steuer und Meldedaten erhalten. Also, insoweit kann ich im Moment sagen, brauchen wir zurzeit keine weiterreichenden Kompetenzen, als die zurzeit vorgesehen sind.

Sprecherin:

400 Mitarbeiter hat die FIU inzwischen. Sie ist mit ihren Schwesterbehörden weltweit vernetzt und besitzt gut aufgestellte Strategie-Teams, die versuchen, sich in die Geldwäscher hineinzusetzen. Seltsamerweise empfinden viele Ermittler die FIU

immer noch als eine Art Kuckucksei, das ihnen die Politik ins Nest gelegt hat. Das liegt daran, dass die FIU seit 2017 zum Zoll gehört – vorher unterstand sie dem Bundeskriminalamt. Es geht aber auch um den Ermittlungserfolg. Die Analysen der FIU entlasten die Ermittlungsbehörden zwar, doch weil die Prüfung oft lange dauert, läuft den Ermittlern die Zeit weg. So erklärt es Alexander Retemeyer, der stellvertretende Leiter der Staatsanwaltschaft Osnabrück.

O-Ton Alexander Retemeyer:

Für uns ist es ja immer wichtig, wenn wir so eine Geldwäscheverdachtsanzeige bekommen, dass wir den Geldstrom, der dahintersteckt, auch anhalten können. Das klappt natürlich nicht, wenn zwischen der Meldung und dem Tätigwerden der Staatsanwaltschaft viel Zeit vergeht, weil wir dann gar keine Möglichkeit mehr haben, diese Gelder anzuhalten.

Sprecherin:

Das Problem: Während die FIU die Verdachtsmeldungen analysiert und mit weiteren Informationen anreichert, bleiben die Geldwäscher ihrerseits nicht untätig. Alexander Retemeyer fürchtet vor allem, dass sie das Geld ins Ausland verschieben. Und von dort ist es nur sehr schwer zurückzuholen. Die Staatsanwaltschaft Osnabrück ermittelt deshalb gegen die FIU. Der Vorwurf: Strafvereitelung im Amt.

O-Ton Alexander Retemeyer:

Es hat sich letztlich dadurch ergeben, dass wir insgesamt acht Geldwäsche-Verdachtsanzeigen hatten, wo die Banken uns angesprochen haben und gesagt haben: „Wir haben da Geldwäsche-Verdachtsanzeigen gemacht und ihr macht nichts.“ Und dann kam bei uns der Gedanke auf: „Ja, wo sind die denn überhaupt geblieben?“ Und dann war das der Grund für uns, gegen Mitarbeiter der FIU jetzt Ermittlungen einzuleiten. Und der Sachstand ist der, dass wir dort ja durchsucht haben. Und die zuständige Polizei hier in Osnabrück, die auch eine Spezialtruppe für Vermögensermittlungen und Geldwäsche haben, die werten für uns die Ermittlungen aus.

Sprecherin:

Behörde gegen Behörde, das erschwert natürlich den Kampf gegen die Geldwäsche. Doch selbst wenn die FIU noch mehr Personal bekäme oder die Schwerpunkte verändern würde – das größte Problem der Geldwäsche-Ermittler bleibt bestehen: Sie müssen die Straftat nachweisen, aus der das illegale Geld stammt. Eine „Beweislastumkehr“ wie in Italien gibt es nicht. Und das wird auch so bleiben, sagt Margaretha Sudhof, Staatssekretärin im Bundesjustizministerium.

O-Ton Margaretha Sudhof:

Man kann nicht einen Vermögenszuwachs unter Strafe stellen. Und man kann auch nicht Menschen, die Vermögenswerte erzielen, allein deshalb gewissermaßen mit strafrechtlichen Ermittlungen belangen. Sondern man braucht schon einen Kontext zu einer Strafbarkeit. Das folgt letztlich aus der Unschuldsvermutung. Und das ist ein verfassungsrechtlicher Grundsatz, den wir auch bei der Geldwäsche nicht einfach hintenanstellen können.

Sprecherin:

Die Unschuldsvermutung ist in Deutschland ein hohes Gut. Nicht der Beschuldigte muss seine Unschuld nachweisen, sondern der Staat die Schuld. Außerdem ist es verboten, einen Verdächtigen dazu zu verpflichten, sich selbst zu belasten. Für die Geldwäschebekämpfung bedeutet das allerdings oft, dass sich die Katze in den Schwanz beißt: Um auf die Straftat zu kommen, braucht es die Erlaubnis, wegen Geldwäsche zu ermitteln. Um wegen Geldwäsche zu ermitteln, braucht es jedoch wiederum die Straftat. Und das führt dazu, dass Geldwäsche in Deutschland so schwer zu bekämpfen ist. Der finanzpolitische Sprecher der LINKEN im Bundestag, Fabio de Masi, will sich damit nicht abfinden.

O-Ton Fabio de Masi:

Wir haben eine Wirtschaft, in der man in Sekundenschnelle Geld rund um den Globus schicken kann. Wir haben viel Jurisdiktion, die das verschleiert. Und dann muss unser Rechtssystem nachrüsten, einfach um Waffengleichheit herzustellen. Und deswegen glaube ich, wir brauchen diese Beweislastumkehr. Und wenn es rechtsdogmatische Gründe dagegen gibt, dann muss man eben das Rechtssystem so fortentwickeln, dass man das sauber einpasst und löst.

Sprecherin:

Frank Buckenhofer von der Gewerkschaft der Polizei erhofft sich zumindest eine Mitwirkungspflicht, um die Herkunft verdächtiger Gelder aufzuklären. Wenn man den Geldwäschern und ihren Hinterleuten das Geld wegnähme, fehlte ihnen auf Dauer der Motor, hofft er.

O-Ton Frank Buckenhofer:

Weil die Triebfeder Nummer eins der organisierten Kriminalität ist: illegales Geld zu verdienen. Und wenn ich das unterbinde, dann unterbinde ich auch diese Kriminalität. Wenn einer mit dem Drogenhandel kein Geld mehr verdienen kann, weil ich ihm das Geld sofort wegnehme, dann betreibt er ja auch keinen Drogenhandel mehr.

Musik

Sprecherin:

Heißt das alles also, dass Deutschland auf immer und ewig ein Geldwäsche-Paradies bleiben wird? Keineswegs. Denn eigentlich wissen Berater im Dienst des Entwicklungsministeriums zum Beispiel sehr genau, wie man gegen Geldwäsche vorgeht. In anderen Staaten bauen sie erfolgreiche Strukturen zu ihrer Bekämpfung auf. Zum Beispiel in Kenia. Johannes Ferguson von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit leitet das Projekt „Illegale Finanzströme weltweit bekämpfen“. Es wird von Norwegen kofinanziert.

O-Ton Johannes Ferguson:

Es gab ein gemeinsames Bewusstsein, dass zu sehr in Silos gearbeitet wird und dass es einer gemeinsamen Anstrengung bedarf, um wirklich erfolgreich zu sein. Und was wir unterstützt haben, ist, dass es ein gemeinsames Entscheidungsgremium gibt aus Vertreterinnen und Vertretern dieser neun Behörden. Es gibt ein operatives Team, das gemeinsame Zusammenarbeit ermöglicht. Es gibt ein Sekretariat, das das unterstützt, und es gibt

Verbindungspersonen aus jeder dieser neun Behörden, die im Grunde für Kommunikation und Austausch sorgen.

Sprecherin:

Zu dem Gremium gehören unter anderem die Antikorruptionsbehörde, der Generalstaatsanwalt, die Steuerverwaltung und die Polizeibehörden. Sie alle sind sich darin einig, dass man der Spur des Geldes folgen muss. Egal, ob es sich um den Gewinn aus Korruption oder einem getöteten Nashorn handelt. Die Folge: Bereits im ersten Jahr verurteilten die Gerichte in Kenia deutlich mehr Kriminelle, darunter Gouverneure, Abgeordnete und Chefs von Staatsunternehmen. Auch das zurückgeholte Geld vervielfachte sich. Wer vor Gericht die legale Herkunft seines Vermögens nicht glaubhaft belegen kann, ist es los. In Nordmazedonien wiederum hat die GIZ den Aufbau eines Transparenzregisters unterstützt. Anders als in Deutschland ist das Register von Anfang an für jedermann einsehbar. Die große Frage ist: Warum soll das, was Deutschland anderswo empfiehlt, nicht auch hierzulande möglich sein? Ein paar Verbesserungen hat die Bundesregierung angestoßen. Ob das der OECD-Taskforce reicht, ist nicht sicher. Im Frühjahr 2021 will sie Deutschlands Geldwäschebekämpfung erneut prüfen.

Atmo:

Spielautomat
